

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,**

auch wenn schon die zweite Januarhälfte überschritten ist: Ich wünsche Euch allen ein frohes neues Jahr!

Im Bundestag sind wir mit einer Woche der Erinnerung an die Einführung des Frauenwahlrechts in das neue Jahr gestartet. Am 19. Januar 1919 konnten Frauen das erste Mal in Deutschland an einer Wahl, der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung teilnehmen. Und es haben über 80 Prozent der wahlberechtigten Frauen davon Gebrauch gemacht. Von den 300 Kandidatinnen zogen 37 Frauen in die Nationalversammlung ein, davon waren 19 Sozialdemokratinnen.



Männerlastig: Foto der Nationalversammlung von 1919. Die weiblichen Abgeordneten trugen als Erkennungszeichen die Farbe Weiß.

Genau einen Monat später am 19. Februar 1919, hielt die Genossin Marie Juchacz als erste Frau eine Rede in der Nationalversammlung. Und sie

stellte auch gleich klar, dass die Frauen sich bei niemanden für das neue Wahlrecht zu bedanken haben: „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“



Schon besser, aber noch nicht am Ziel: Feierstunde im Bundestag zu 100 Jahren ‚Wahlrecht für alle‘ am 17. Januar 2019. Die weiblichen SPD-Abgeordneten tragen in Erinnerung an die Nationalversammlung ebenfalls weiße Kleidung. (Foto: Andreas Amann)

Auch heute haben wir aber noch einiges zu tun, um gleiche Rechte für Frauen in allen Gebieten durchzusetzen. Die Frauenquote der SPD-Bundestagsfraktion beträgt 42 Prozent, das kann sich sehen lassen. Im gesamten Bundestag beträgt die Quote aber gerade mal 31 Prozent. Klar ist: Wir sind noch nicht am Ziel. Jetzt werden wir aber erstmal 100 Jahre Frauenwahlrecht gebührend feiern. Denn ohne die SPD wäre das Frauenwahlrecht 1919 nicht eingeführt worden!

Kommunalvertreter im Bundestag



In der Sondersitzung des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen. Hier mit meinen Fraktionskolleginnen Elisabeth Kaiser (2.v.l.) und Ulli Nissen (2.v.r.) sowie dem Oberbürgermeister von Leipzig, Burkhard Jung (r).

Durch den Druck der SPD hat der Bundestag in dieser Wahlperiode erstmals seit den 1960er Jahren wieder einen Ausschuss eingesetzt, der sich explizit auch um die Belange der kommunalen Ebene kümmert – den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen. Als Sprecher der SPD-Fraktion in diesem Ausschuss habe ich angeregt, dass der Ausschuss seinem Namen gerecht wird und sich regelmäßig zum Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Städte und Gemeinden trifft. Am vergangenen Mittwoch fand im Rahmen einer Sondersitzung das erste solche Treffen statt. Mit dabei waren Mitglieder des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städtetages und des Städte- und Gemeindebunds, außerdem mehrere Kommunalpolitiker.

Wichtigstes Thema waren die kommunalen Finanzen. Eigentlich sind die Länder dafür zuständig, die

Städte und Gemeinden ausreichend zu finanzieren. Das klappt aber nicht immer. Insbesondere gibt es große regionale Unterschiede bei der Wirtschaftskraft und den sozialen Problemlagen. Das alles führt dazu, dass wir von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland noch weit entfernt sind. Ich bin deshalb der Auffassung, dass auch der Bund eine (Finanzierungs-)Verantwortung für die Kommunen hat.

Zusammenhalt in ganz Deutschland stärken

Der Bundestag berät diese Woche den Antrag der Koalitionsfraktionen „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten“, der die Ziele und Voraussetzungen für mehr Zusammenhalt in allen Regionen und gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschlands benennt. Auch eine Woche später wird beim 12. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung der Bundesregierung auf der Internationalen Grünen Woche 2019 am 23. und 24. Januar der Frage nach der Zukunft der ländlichen Regionen und den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Deutschland nachgegangen.

Die ländlichen Räume Deutschlands sind geprägt durch wirtschaftliche Kraft, einen erfolgreichen Mittelstand, gute Arbeitsplätze, ein starkes Ehrenamt, hohe Lebensqualität und attraktive Naturräume. Sie stehen jedoch auch vor großen Fragen: Über den demographischen Wandel hinaus haben ländliche Regionen auch durch den Klimawandel und die noch nicht ausreichende Versorgung mit schnellem Internet und flächendeckender Mobilfunkversorgung Probleme. Diese Probleme zu lö-



Der erste Besuch im neuen Jahr: Am Montag, 14.1.2019, besuchte mich eine Klasse des Zentrums für schulpraktische Lehrerausbildung Münster im Bundestag. Wir sprachen über aktuelle politische Themen und natürlich auch über die Lehrerausbildung.

sen, wird entscheidend dafür sein, die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Regionen und damit die Lebensqualität vor Ort zu erhalten und zu verbessern, um gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen.

Deshalb erarbeitet die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ein ressortübergreifendes Konzept, um dieses Ziel zu erreichen. Mit dem Klimaschutzgesetz werden wir erstmalig gesetzlich verbindliche Reduktionsziele beschließen, die den Ausstoß von Treibhausgasen signifikant verringern. Mit dem Breitbandausbau auf Basis von Glasfaser, der Vergabe der 5G-Lizenzen oder dem flächendeckenden Versorgung von 99 Prozent der Haushalte mit dem schnellen Mobilfunkstandard LTE bis 2020, wird die informationelle Anbindung der Wirtschaft und der Privathaushalte zukünftig verbessert. Darüber hinaus stehen zur Förderung der ländlichen Entwicklung 2019 u. a. 150 Millionen Euro zusätzlich für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) zur Verfügung. Auch die Unterstützung des Ehrenamtes, das vielerorts wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge übernimmt (Bspw. die Freiwilligen Feuerwehren oder das Technische Hilfswerk) oder die Unterstützung für (angehende) Ärztinnen und Ärzte, sich im ländlichen Raum niederzulassen, müssen weiter gestärkt werden.

Weitere Maßnahmen sind derzeit entweder bereits auf den Weg gebracht oder werden in den kommenden Monaten erfolgen. Die Verbesserung der Lebensqualität zur fördern und den Zusammenhalt in den ländlichen Regionen Deutschlands zu stärken, ist das Ziel der SPD. Wir arbeiten für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Das ist Politik für ein solidarisches Land.

Brexit – Wie geht es weiter?

Das Ergebnis der Brexit-Abstimmung ist eine krachende Niederlage für Theresa May. Wir müssen uns auf turbulente Tage in London einstellen. Theresa May steht vor einem Scherbenhaufen, weil es ihr nicht gelungen ist, die politischen Kräfte in Großbritannien auf einen tragfähigen und im britischen Parlament mehrheitsfähigen Kurs zu bringen. Das Austrittsabkommen hätte die Chance auf einen Brexit in geordneten Bahnen geboten.

Diese Chance wurde zunächst einmal vertan. Trotzdem gibt es jetzt keinen Grund für Fatalismus oder vorschnelle politische Reaktionen. Noch immer gibt es Spielräume und Möglichkeiten, um zu Lösungen zu kommen, die einen chaotischen No-Deal-Brexit abwenden.

Zunächst liegt jetzt der Ball im Feld der britischen Regierung und des britischen Parlaments, die klären müssen, wie sie sich das weitere Vorgehen vorstellen. Wichtig ist, dass die EU wie schon bisher auch in den nächsten Tagen eine klare und gemeinsame Position gegenüber Großbritannien einnimmt.

Ziel muss es sein, die europäischen Interessen weiterhin zu wahren, ohne Spielräume für pragmatische Lösungen mit Großbritannien zu verschließen. Auch eine mögliche Verschiebung der Austrittsfrist sollte nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Niemand, dem es um das Wohl der Menschen in Großbritannien und in Europa insgesamt geht, kann letztlich einen chaotischen No-Deal-Brexit wollen.

Zudem ist wichtig: In der Debatte in den nächsten Tagen und Wochen müssen jetzt die Konstruktiven und Vernünftigen in Großbritannien und in Europa insgesamt den Ton angeben – nicht die Populisten und Lautsprecher, die nur Chaos stiften, aber keine Lösungen hinbekommen.

FES-Münsterlandgespräch in Sendenhorst:

Gute medizinische Versorgung im ländlichen Raum stärken – Innovation durch Kooperation

Am **Donnerstag, 24.1.2019**,
um 18 Uhr,
im Hotel Waldmutter, Hardt 6
48324 Sendenhorst.

Diskussionsimpulse und Podiumsdiskussion mit:

- **Prof. Dr. Karl Lauterbach MdB**, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- **Prof. Dr. Kerstin Hämel**, Universität Bielfeld
- **Werner Strotmeier**, Vorsitzender des Kuratoriums des St. Josef-Stiftes Sendenhorst
- **Bernhard Daldrup MdB**

Informationen und Anmeldung online:

<https://www.fes.de/landesbuero-nrw/artikelseite-landesbuero-nrw/gute-medizinische-versorgung-im-laendlichen-raum-staerken-innovation-durch-kooperation/>

Verfassungsschutz sieht AfD als „Prüfball“

Nachdem AfD-Versteher Hans-Georg Maaßen auf Druck der SPD seinen Platz an der Spitze des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) räumen musste, kommt nun endlich Bewegung in die Frage des Umgangs des Verfassungsschutzes mit der AfD. Das BfV sieht bei der AfD nun „erste tatsächliche Anhaltspunkte“ einer gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichteten Politik. Zudem erklärt das BfV den rechtsnationa-

len Flügel der Partei um den Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke und die Partei-Nachwuchsorganisation Junge Alternative nicht nur zum Beobachtungs-, sondern zum Verdachtsfall. Wird eine Organisation zum Verdachtsfall erklärt, so sind auch nachrichtendienstliche Mittel gestattet, also der Einsatz von V-Leuten oder die Überwachung von Kommunikation.

Nachdem ich ein Jahr lang das zweifelhafte Vergnügen hatte, die AfD aus nächster Nähe zu beobachten, steht mein persönliches Urteil fest: In der AfD-Fraktion tummeln sich Rechtsradikale und Verschwörungstheoretiker. Sie lassen keine Gelegenheit aus, gegen Ausländer und Asylsuchende zu hetzen und hanebüchene Schauermärchen zu erzählen. Im Auftritt dummdreist bis böse, in der Rhetorik brutal, zudem immer daran interessiert, die Arbeit des Bundestags zu behindern – so präsentiert sich die AfD hier im Parlament. Die AfD sollte vom Verfassungsschutz beobachtet werden!

Fragen, Anregungen, Kritik? Meldet Euch. Ihr wisst, wie es geht.

Euer



Terminhinweis:

„Gesundheit!“

**Aktuelles zur Gesundheits- und Pflegepolitik
aus der SPD-Bundestagsfraktion**

**Am Mittwoch, den 27.02.2019,
von 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr.**

Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben!

- Diskussionsveranstaltung mit der Möglichkeit, Fragen zu stellen.
- Gast: **Sabine Dittmar MdB**, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.